

FDP hält Windkraftförderung für „aberwitzig“

FAZ
6. 2. 2014

Rock: Hessen benötigt keine zusätzliche Turbine / Wirtschaftsminister Al-Wazir kündigt forcierten Ausbau an

ler. WIESBADEN. Die FDP im Landtag hat vor einem ungezügelten Ausbau der Windkraft gewarnt, weil die Kosten weiter Verbrauchern noch der Industrie länger zuzumuten seien. Statt die „Notbremse“ zu ziehen und weitere Mehrkosten zu verhindern, halte die schwarz-grüne Landesregierung aber an ihren „völlig aberwitzigen Ausbauplänen“ fest, kritisierte der FDP-Abgeordnete René Rock in einer von seiner Fraktion initiierten Debatte. Die Konsequenz sei, dass die Zustimmung zur Energiewende abnehme und mittlerweile mehr als 50 Bürgerinitiativen gegen Windkraftprojekte in Hessen entstanden seien.

Aus Sicht der FDP benötigt Hessen kein einziges neues Windrad. Wenn Windstrom zunehmend nicht mehr vom Netz aufgenommen werden könne und ins Aus-

land verschickt werde, auf der anderen Seite die Förderung aber ungebremst weitergehe, „dann läuft etwas grundsätzlich verkehrt“, sagte Rock.

Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Die Grünen) widersprach und kündigte an, dass die Regierung den Umstieg auf regenerative Energien „mit Nachdruck vorantreiben“ werde. Im vergangenen Jahr sei die Windkraft in Hessen so stark ausgebaut worden wie nie zuvor. Nach ersten Schätzungen seien 87 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 225 Megawatt in Betrieb gegangen, rund 40 Megawatt mehr als im bisherigen Rekordjahr 2013.

Weil Windräder künftig nur noch dort stehen sollten, wo sie am wirtschaftlichsten betrieben werden könnten, seien die regionalen Planungsversammlungen derzeit dabei, Vorrangflächen – insgesamt

zwei Prozent des Landesterritoriums – auszuweisen. „Außerhalb dieser Flächen werden künftig keine Windkraftanlagen mehr zulässig sein.“

Schon im Entwurf zeigten die zur Bürgerbeteiligung offenliegenden Pläne für die Vorranggebiete Steuerwirkung, berichtete der Minister. In Südhessen seien seit der ersten Präsentation der Pläne 25 Windkraftanlagen ans Netz gegangen, 21 davon innerhalb der avisierten Vorrangflächen, drei am Rande dieser Gebiete und nur eine einzige außerhalb. In Südhessen sei die Zahl der Anregungen und Bedenken zu den Vorranggebieten mit rund 25 000 besonders hoch. Eine Beschlussfassung über die Stellungnahmen der Bürger in den Gremien der Regionalversammlung Südhessen sei erst in der zweiten Jahreshälfte 2016 zu erwarten.

In einer Pressemitteilung äußerte sich Al-Wazir unzufrieden über die Fortschritte bei der Nutzung der Sonnenenergie, bei der das bundesweite Ausbauziel im vergangenen Jahr verfehlt worden sei. Er erwarte, dass die Bundesregierung die Förderbedingungen für die Photovoltaik schrittweise verbessere. Dies entspräche der Kernidee des „atmenden Deckels“ im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Redner von CDU, SPD, Grünen und Linkspartei äußerten die Überzeugung, dass die Verbraucher ohne Energiewende noch mehr für Elektrizität zahlen müssten. „Ohne Energie aus Wind und Sonne wäre Strom heute doppelt so teuer“, sagte Timon Gremmels (SPD). Der CDU-Abgeordnete Peter Stephan warf der FDP vor, sie stachele Bürger gegen die Energiewende auf.